

Rot-weiß-rote Allianz für mehr Steuerfairness

Von ORF, IAA, DMVÖ, ÖMG über die MMA und den MCÖ bis hin zum VÖP und VÖZ – gemeinsam trommelte man gegen die globalen Steuervermeider.



In einer gemeinsamen Kampagne weisen die heimischen Marktteilnehmer auf die Problematik hin, dass globale Player bis zu 500 Mio. Steuern abziehen.

WIEN. „Digitale Großkonzerne wie Facebook, Amazon oder Google zahlen in Österreich fast keine Steuern. Jährlich werden in etwa 500 Millionen Euro aus Österreich abgezogen. Wir wollen beim Absaugen unserer Wirtschaft, unserer Arbeitsplätze und unserer Steuergelder nicht mehr tatenlos zusehen“, erklärte eine rot-weiß-rote Allianz der Medien- und Marketingbranche am 18. Juni zum Auftakt einer gemeinsamen Kampagne für Steuerfairness.

Das erklärte Ziel der rot-weiß-roten Allianz ist die rasche Einführung einer fairen und angemessenen Besteuerung der Digital Giants, insbesondere in Form einer gesetzlichen Grundlage zur Etablierung digitaler

Who is who

Teil der rot-weiß-roten Allianz

für Steuerfairness sind der ORF, der Verband Österreichischer Zeitungen (VÖZ), der Verband Österreichischer Privatsender (VÖP), der Dialog Marketing Verband Österreich (DMVÖ), das interactive advertising bureau austria (iab austria), die International Advertising Association (IAA), der Marketing Club Österreich (MCÖ), die Mobile Marketing Association (MMA), die Österreichische Marketing Gesellschaft (ÖMG), die Wirtschaftskammer Wien, Fachgruppe Werbung und Marktkommunikation (WKW) sowie die unabhängige Initiative steuerfairness.info selbst. Verantwortlich für die Konzeption und Umsetzung der Kampagne zeichnet die Wiener Kreativagentur Kobza and the hungry eyes (KTHE).

Betriebsstätten. Durch diese legislative Maßnahme „soll der tägliche Verlust an Wertschöpfung und Steuergeldern in Österreich verhindert werden“.

Gleichheit herstellen

Zudem wird die Abschaffung „der wettbewerbsverzerrenden und europaweit einzigartigen Werbeabgabe“ gefordert. Die zu erwartenden steuerlichen Mehreinnahmen einer digitalen Betriebsstätte würden den Wegfall der Werbeabgabe mehr als kompensieren.

„Angesichts der enormen Konkurrenz aus dem Silicon Valley bedarf es sowohl auf europäischer wie auch auf nationaler Ebene gesetzlicher Anpassun-

gen, die endlich faire Bedingungen im digitalen Wettbewerb sicherstellen. Sollten allerdings einzelne Mitgliedsstaaten EU-weite Lösungen blockieren, muss Österreich auch nationale Maßnahmen in Betracht ziehen“, so VÖZ-Geschäftsführer Gerald Grünberger, der in diesem Zusammenhang ein jüngst öffentlich gewordenes Regierungspapier ausdrücklich begrüßte, bei dem die Regierung andeutet, auch einen Alleingang in dieser Sache zu wagen.

IAA-Präsident Walter Zingg zur Problematik: „Milliarden von Erträgen werden solange im ‚Kreis geschickt‘, bis ein Land durch Steuerincentives das Legalisieren bonifiziert.“ (fej)

steuerfairness.info